

Die Bauergewerkschaft

Zeitung des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonnabend. Bezugspreis vierteljährlich 3,- RM. (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. Redaktionschluss: Montag, morgens 9 Uhr
Nr. 21 + 32. Jahrgang Geschäftsstelle und Schriftleitung: Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2/3 Berlin, 23. Mai 1931

Pfingstgeist

An Pfingsten wurden die Apostel, die zur Verkündigung des Christentums in der Welt auserkoren waren, vom Heiligen Geiste erfüllt. Sie, die durch den Weggang ihres Meisters von dieser Erde kleinmütig, verzagt und furchtsam waren, wurden mit einer wunderbaren Kraft erfüllt. Vordem hinter verschlossenen Türen beratend, was nun werden sollte, fühlten sie sich plötzlich befähigt, vor der breiten Öffentlichkeit die Lehre des Christentums zu verkünden. Ueber die Kleinmütigen und Verzagten kam der Geist des Willens, der Kraft, der Beharrlichkeit.

Auch die christliche Gewerkschaftsbewegung brauchte einen starken Willen, eine große Kraft und vor allem auch eine große Beharrlichkeit. Ueber diese Schätze verfügte sie in der Vergangenheit. Es wäre sonst unmöglich gewesen, daß eine Bewegung, die gleichzeitig gegen Haß und Unverständnis, gegen radikalen Sozialismus und verfluchenden Liberalismus kämpfen mußte, sich durchgesetzt hätte. Die Liebe und Treue der christlichen Arbeiter in ihrem Verteidigungskampf gegen rechts und links ließ sie immer wieder unter dem gemeinsamen Banner zusammenfinden, daselbe neuen Siegen entgegenzuführen. Liebe und Treue aber wurzeln in einem recht verstandenen Christentum. Wir glauben an den sozialen Geist des Christentums, an seine Gestaltungskraft. Diesen unbedingten Glauben an das Christentum müssen wir auch in der Gegenwart trotz aller Not und aller Wirrnisse hochhalten. Denn gerade zu solchen Zeiten bestehen die falschen Lehren falscher Propheten. Eine solche falsche Lehre ist die des Sozialismus, daß alle in durch die Aenderung der Verhältnisse die menschliche Not behoben und die soziale Frage gelöst werden könne.

In „Parasjal“, dem Meisterwerk von Richard Wagner, hören wir immer wieder das Leidensmotiv, die Klage A m o r t a s über seine Wunde, die stets von neuem schmerzt und blutet. Nur die mit dem heiligen Blut des Erlösers getränkte Lanze vermochte sie zu schließen. So wird auch die soziale Frage zur steten Leidenswunde der Menschheit, die immer wieder bluten wird. Werfen wir in der Geschichte einen Blick rückwärts, so sehen wir, daß jede Zeit ihre soziale Frage, ihre blutende Leidenswunde gehabt hat. Die Zeit der Antike hatte im Sklaventum, das Mittelalter in der Bauern- und Handwerkerfrage, das 19. Jahrhundert in der Arbeiterfrage und die Gegenwart dazu durch Krieg, Revolution, Inflation und Not auf allen Gebieten ihre Leidenswunde. Neuere Umstellung der Verhältnisse, geänderte Wirtschaftsformen können wohl eine Teillösung sozialer Fragen kurzfristig herbeiführen; die große Lösung wird nur erreicht durch Befolgung des Gebotes, das Christus als das Hauptgebot bezeichnet hat: „Liebe deinen Nächsten wie dich selbst“. Zur Verkündigung dieses Wortes, das eine dem höchsten Menschenrecht abgewandte Welt vor 2000 Jahren nicht verstehen wollte und es auch heute nicht will, empfingen die Apostel am ersten christlichen Pfingstfest die Kraft und die Rednergabe.

Gerne zitiert die Sozialdemokratie aus den Worten Christi und der Heiligen Schrift, um damit zu beweisen, daß Christus und die Apostel auch „Sozialdemokraten“, auch „Revolutionäre“ gewesen seien. So schrieb „Der Grundstein“, das Organ des sozialistischen Deutschen Bauergewerksbundes in seiner Nummer 21 des Jahres 1926 in einem Pfingstartikel:

„Und als es dann den Herrschenden trotz aller Grausamkeit und Brutalität nicht mehr möglich erschien, diese Bewegung — das Christentum — auszurotten, da söhnte man sich mit ihr aus, bog jedoch mit schlauer Berechnung den wahren Sinn

der Christuslehre in der Weise um, daß den Mächtigen und Reichen ihre Herrschaftsrechte verblieben: man verlegte die Gleichheitsidee ins Jenseits.“

So etwas kann nur schreiben, wer nicht glaubt, daß Christus der Sohn Gottes war. Wäre er das, als was ihn „Der Grundstein“ hinstellt, nämlich nicht mehr als irgend ein Philosoph der Vergangenheit, dann hätte Christus nicht sagen können: „Mein Reich ist nicht von dieser Welt“. Es ist das Reich des Geistes, der von Gott ist.

Der Pfingstgeist der Apostel war kein revolutionärer Geist, sondern der Geist des Friedens, der Geist der Liebe, der Geist, der ewige Werte lehrt! Insofern sind sich Kapitalismus und Sozialismus einig, daß sie nämlich den Geist nur in der Form des Gedankens kennen und ihn danach bewerten, wieviel wirtschaftliche Güter oder wirtschaftliche Vorteile aus ihm geboren werden können. Dient der Gedanke, „der Geist“, der Erfindung eines neuen Patentes oder trägt er zu einem neuen Rekord bei, dann erfolgt seine Massenbewunderung. Ist er aber nicht mehr zu realisieren mit irdischen Gütern, entspringen aus ihm keine wirtschaftlichen Vorteile, sondern greift er hinein in das Gebiet der Philosophie, der Religion, der idealen Weltanschauung, dann ist er der Gefahr ausgesetzt, verlacht zu werden. Und doch kann kein gesund empfindender Mensch im Gedanken lediglich ein Produkt des Gehirnes sehen, sondern der Gedanke ist für ihn eine Auswirkung des Geistes, dafür bestimmt, dem Irdischen und wieder dem Geistigen zu dienen, „den Geist immer wieder zu erneuern“.

Christus, der Zimmermannssohn, sagte: „Sete und arbeite“, und er goß am Pfingstfest über seine Getreuen den Geist aus, damit sie stark genug seien, um wieder dem Geiste zu dienen. Ihre Gedanken sollten sich nicht erschöpfen im Denken für das Irdische, sonst wären aus ihnen keine Verkünder ewiger Heilswahrheiten, sondern Organistoren, Ingenieure, Architekten geworden. „Ihr seid das Salz der Erde“, jagte Christus ein andermal zu den Aposteln, „ihr sollt die Welt erneuern“, und er stattete sie dazu aus mit den Gaben des Geistes, als Gottessohn wissend, daß die irdischen Handlungen der

Jünger selbst die rechten würden, entspringen sie doch dem rechten Geiste. Aus dem rechten Geiste konnten keine dem Geist widersprechende Taten geboren werden.

So will auch die christliche Gewerkschaftsbewegung durch ihr Wirken in der Wirtschaft Taten hervorbringen, die mit dem rechten Geiste, mit dem Geist des Christentums, in Einklang stehen.

Deshalb billigen wir auch nicht den Satz: „Das Christentum hat mit der Wirtschaft nichts zu tun“. Wir haben vielmehr die Auffassung, daß das Christentum mit der Wirtschaft überall dort etwas zu tun hat, wo die Wirtschaft gegen das Gesetz der Bruder- und der Nächstenliebe verstößt.

Die christlichen Gewerkschaften ringen weniger um die Form der Wirtschaft, als um das Christentum in der Wirtschaft. Dessen müssen sie immer wieder eingedenk sein, wollen sie sich nicht zwei großen Gefahren aussetzen, nämlich entweder

einer ideologischen Schwärmerei zu verfallen, die sich nicht verwirklichen läßt, oder das Wirtschaftliche losgelöst vom Religiösen zu betrachten.

Letzteres könnte ihnen um so eher passieren, weil sie als wirtschaftliche Organisation mitten im Kampf ums Materielle stehen, da könnte sie das Wirtschaftliche leicht fortzweigen in eine Welt, von der sie keinen Anker mehr auswerfen könnten, um das Wirtschaftliche auch im Religiösen zu verankern. Dann wären sie auch soweit, daß sie sagen könnten, das Christentum hat mit der Wirtschaft nichts zu tun.

Weil wir der Ansicht sind, daß das Christentum nicht nur neben der Wirtschaft steht, sondern über der Wirtschaft steht, werden wir immer Verstöße der Wirtschaft gegen das, was das Christentum will, zurückweisen. So werten wir auch den gesunden Eigentumsbegriff, der den Eigentümer sittlich verpflichtet und den Begriff der gerechten Verteilung des Arbeitsertrages.

So wird dem christlichen Gewerkschaftler die aus echtem Pfingstgeist genährte Lehre der Apostel zwar zu einer sozialen Lehre, aber sie ist für ihn nicht nur eine solche. Er teilt den Pfingstgeist nicht in einen solchen, den er brauchen, benutzen, mit dem er Geschäfte machen kann und in einen solchen, mit dem er nichts anzufangen weiß. Für ihn ist er ein untrennbares Ganzes.

Um die Durchsetzung der Wirtschaft und des Staates mit echtem Pfingstgeist muß die christliche Gewerkschaftsbewegung auch fernerhin ringen, denn aus ihm erwächst wahre Bruderliebe und soziale Gerechtigkeit! Ph. Häring.

Arbeitsbeschaffung durch Wohnungsbau und Siedlung

Betrachtungen zur Deutschen Bau-Ausstellung in Berlin

Unter den Arbeitsbeschaffungsmöglichkeiten nimmt die Errichtung von städtischen Wohnungen und ländlichen Siedlungen schon deshalb einen hervorragenden Platz ein, weil damit Wohnungs- und Ernährungsnot gemildert werden soll und das Baugewerbe als Schlüsselindustrie eine Arbeitsbeschaffungsmöglichkeit mit den weitesten Auswirkungen bietet. Eine zielbewusste Arbeitsbeschaffungspolitik kann an einer solchen produktiven Wohnungs- und Siedlungspolitik, die zugleich eine sinnvolle Bevölkerungsverteilung bringen soll, nicht vorübergehen. In dieser Richtung kann die jetzt in Berlin eröffnete Deutsche Bau-Ausstellung als Anregerin sehr begrüßt werden; denn die Lage im Wohnungs- und Siedlungsbau und der gesamten deutschen Bauwirtschaft ist gegenwärtig außerordentlich trübe. Die Sparmaßnahmen der öffentlichen Hand bechränken von Jahr zu Jahr immer mehr die Auftragserteilung von Hoch- und Tiefbauten. Von der baugewerblichen Erzeugung eines guten Baujahres, wie es die Jahre 1928 und 1929 waren, entfallen von dem Gesamtwert von etwa 9 Milliarden RM. beinahe 3 Milliarden RM. auf den öffentlichen Bau und hier wirken sich die Finanzschwierigkeiten der öffentlichen Hand zuerst und am stärksten aus.

Der gewerbliche Bau, also Bauten für Industrie, Handel und Gewerbe, der in guten Baujahren auch beinahe 3 Milliarden RM. beansprucht, liegt nicht minder darnieder, denn bei der ungünstigen allgemeinen Wirtschaftslage ist das Verlangen, Geld in den gewerblichen Bau zu stecken, nur sehr gering. Wenn von Fehlinvestitionen im Baugewerbe gesprochen werden kann, so sind im gewerblichen Bau nicht unerhebliche Beträge fehlgeleitet worden, so daß Geldgeber und Bauherren gegenwärtig nur mit besonderer Vorsicht den gewerblichen Bau betreiben. Dagegen ist auf dem Gebiete des städtischen Wohnungsbaues und der ländlichen Siedlung noch viel fruchtbare Arbeit zu leisten. Denn der Wohnungsbedarf ist, von örtlichen Ausnahmen abgesehen, im allgemeinen keineswegs auch nur annähernd gedeckt. Freilich macht das teure Baugeld vom freien Kapitalmarkt die Errichtung von brauchbaren Wohnungen zu tragbaren Mieten bei dem gesunkenen Einkommen breiter Kreise immer schwieriger, und gerade hier muß von der öffentlichen Hand alles versucht werden, den Wohnungsbau für die minderbemittelten Schichten zu fördern, weil die freie Bauwirtschaft hierzu noch nicht in der Lage ist. Hinsichtlich des Wohnungsbedarfs sind auch

Hannau.

Für das Vertragsgebiet Hannau gilt dasselbe, wie für das Frankfurter Gebiet. Auch hier traten Tarifamt, zentrale Schiedsstelle und Schlichtungsausschuss in Aktion, ehe sich die Parteien näher kamen. Von dem Schlichtungsausschussvorsitzenden wurde den Parteien eine Einigung auf der Grundlage von 1.18 M. als Gehalt dringend empfohlen, mit der Maßgabe, daß die Festsetzung dieses Lohnes keine prozentuale Anwendung auf die übrigen Lohnklassen finden soll. In einer nachfolgenden Tarifamtverhandlung gelang es, die Löhne für die einzelnen Lohngebiete festzusetzen, dagegen sind die Zuschläge noch strittig und müssen in einer weiteren Verhandlung vereinbart werden.

Auch für das Main-Staufstufen-Gebiet wurde eine Einigung in einer Verhandlung zu Frankfurt a. M. erreicht.

Gießen-Wehlar-Marburg.

Der zuständige Arbeitgeberverband hat den Berliner Schiedsgericht abgelehnt, ebenso einen Schiedsgericht des Schlichtungsausschusses Gießen, der den ersten Spruch bestätigte. Inzwischen haben wir Antrag der Arbeitgeberparteien auch in Marburg Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuss stattgefunden, doch steht der Spruch noch aus und sollen Nachverhandlungen stattfinden.

Kasselgebiet.

In Bad Kreuznach stehen die Bauarbeiter schon in der fünften Woche im Streit. Auch dort weigern sich die Arbeitgeber entschieden, den Berliner Schiedsgericht anzunehmen. Wir hoffen aber, daß es uns in diesem Monat gelingen wird, die noch bestehenden Schwierigkeiten zu beseitigen und damit wieder zu einem geordneten Vertragsverhältnis zu kommen. Die diesjährige Lohnbewegung zeigt am Objekt, wohin die Arbeiterbewegung ohne jahrelangjährige Organisation gekommen wäre.

Unterweiser-Emsgebiet.

Im Unterweiser-Emsgebiet ist es nach langen schwierigen Verhandlungen zu einer Einigung gekommen. An einigen Stellen kam es zu Arbeitsniederlegungen. Die Arbeit ist wieder aufgenommen worden, nachdem der Spruch vom 18. April dahingehend abgeändert wurde, daß auf der ganzen Linie wesentliche Verbesserungen zugunsten der Bauarbeiter eintreten. Die Verhandlungen gestalteten sich deshalb sehr schwierig, weil die Spanne zwischen Maurer- und Bauhilfsarbeiterlohn bis dahin weniger als 17 Prozent betrug. Auch hier wurde von Seiten der Arbeitgeber ein Zugeständnis gemacht.

Bayern r. d. Rh.

Nach zweitägigen Verhandlungen in Nürnberg am 4. und 5. Mai wurde durch ein eigens eingesetztes Schiedsgericht der neue Landesarbeitsvertrag durch Schiedsgericht endgültig zum Abschluß gebracht. Bezüglich der Stundenlöhne verbleibt es in den Ortsklassen A bis V bei dem im Schiedsgericht vom 10. April 1931 festgelegten Sätzen der über 20 Jahre alten Angehörigen der verschiedenen Berufsgruppen. Eine Verbesserung wurde erzielt für jugendliche Fach-, Bauhilfs- und Tischbauarbeiter im Alter von 19 bis 20 Jahren, und zwar anstatt 90 Prozent nunmehr 95 Prozent des Vollarbeiterlohnes. Ein Gleiches für Lehrlinge im 3. Lehrhalbjahr, nicht wie vorgesehen waren 50 Prozent, sondern 55 Prozent des Facharbeiterlohnes. Die Orte Barghausen und Töging verbleiben in der bisherigen Ortsklasse II. Um eine Ortsklasse zurückverlegt werden die Orte Ottobrunen, Tirschenreuth, Mitterteich und Weizau. In Schächten über 1,50 Meter Tiefe wird eine Zulage von 5 Prozent zum Tischbauarbeiterlohn gezahlt. Auch verbleibt es bei der Werkzeugzulage von 1 Pf. pro Stunde, sowie der bisherigen Aufwandsentschädigung bzw. Begegnung bei Heberlandarbeit. Weiteres mit der Aenderung, daß außer in den Städten München, Nürnberg, Augsburg die Entfernungszone auf 5 Kilometer bemessen wurde. Für Schlosser, Schmiede und Lagerplatzarbeiter ist der Lohn nur dann um 5 Prozent niedriger, wenn diese Berufe ohne Anstellung, bedingt durch Witterungs- oder Saisoninflüsse ständig auf Lagerplätzen oder in Lagerplatzwerkstätten beschäftigt sind. Die Lohnzuschläge bleiben mit einigen geringfügigen Aenderungen in bisheriger Höhe bestehen. Die übrigen Bestimmungen sind im wesentlichen unverändert geblieben. Die verhängten Sperren auf Lagerplätzen in München und am Straßenbau in Würzburg sind aufgehoben.

Dachdecker

Rheinland und Westfalen.

Am 7. Mai tagte der Sanjschlichtungsausschuss für das Vertragsgebiet Rheinland und Westfalen. Die Arbeitgeber vertreten auch hier hartnäckig den Standpunkt, Dachdeckerlohn gleich Maurerlohn, wonach also praktisch die Dachdecker noch schlechter gestellt werden sollten wie die Maurer, zumal nach den Bestimmungen des Reichsarbeitsvertrages § 4 Ziffer 8 in dem Lohn eine endgültige Abkündigung für alle bisher gewährten Leer-Schmuck-Höhen usw. Zulagen, sowie des Gehaltsgeldes und etwaiger Verpflichtung aus dem § 616 BGB erfolgt ist. Also trotz Einrechnung dieser Zulagen in den Lohn will man diesen mit dem des Maurers gleichstellen und die bisher als berechtigt und notwendig angesehenen Höherzulagen nicht gelten lassen. — Nach verschiedenen Vorschlägen kam mit den Stimmen des Vorsitzenden und der Arbeitnehmervertreter ein Schiedsgericht zustande, wonach sich der Stundenlohn in den Sanjschichten 13, 14, 15, 17 und 20 jeweils um 5 Prozent über dem Maurerlohn bewegt; in den Stadt- und Landorten Bonn, Düren, Köln und Aachen 10 Prozent über dem Maurerlohn. Sofern dieser Schiedsgericht von einer Seite abgelehnt wird, muß der staatliche Schlichtungsausschuss endgültig entscheiden.

Gen. 11.

Am Gen. 11, der die Gebiete Hannover, Braunschweig, Lüneburg, Verden und Verden umfaßt, wurde am Mittwoch dem 6. Mai in Hannover vor dem Sanjschlichtungsausschuss verhandelt. Die bei den früheren Verhandlungen von dem Arbeitgeber immer vertretene These, Dachdeckerlohn gleich Maurerlohn, wurde hartnäckig weiter-

verkündet. Im Gebiete bestanden bisher an Mehrlohn 15, 10, 8 und 6 Prozent auf den Maurerlohn. Die Wirkung dieser Abbauforderung wäre 20 Pf. und mehr neben dem allgemeinen Abbau gewesen. Nach stundenlangen Verhandlungen wurde vom Vorsitzenden ein Spruch gefällt, wonach der Mehrlohn für das gesamte Gebiet einheitlich 5 Pf. über Maurerlohn betragen soll. Dieser Spruch ist von uns abgelehnt und soll der Schlichtungsausschuss endgültig entscheiden.

Die Arbeitgeber vertreten immer den Standpunkt, daß sie den erhöhten Lohn bei den Behörden an erster Stelle nicht fordern dürften, da man nur ganz geringe Zuschläge zugestehen. — Der ganze Lohnabbau ist eine Komödie; hier in Hannover beträgt der Lohnabbau 10 Prozent, die Steinspreise sind um 7,— M. pro Tausend gegen das Vorjahr gestiegen und der Kies um 50 Prozent. Der Lohnabbau geht nur zu Lasten der Arbeitnehmer, denn eine Verbilligung wird nicht erzielt, da die Materialien die Lohnentlastung auffressen. Mit welchem Recht ist der Lehm und Kies im Werte gestiegen? Oder will man mit kleinerem Umsatz denselben Profit hereinholen?

Aus dem Verbandsleben

Mannheim. (Unsere Lichtbildarbeit.) Bereits in früheren Jahren versuchten wir im Winter durch Abhalten von Vortragsabenden befruchtend auf unsere gesamte Arbeit einzuwirken. Jedoch entsprach der Erfolg in den meisten Fällen nicht dem gemachten Aufwand. Wenigstens blieb die Teilnehmerzahl trotz aller Anstrengungen verhältnismäßig klein. In diesem Jahr wurden erstmalig andere Wege beschritten, und zwar dadurch, daß wir das Lichtbild in den Dienst unserer Arbeit stellten. Es war dies ein Versuch, der unserer Verwaltungsstelle zwar eine finanzielle Belastung brachte, aber der Erfolg war auch ein guter. Bei guter Vorbereitung stieg die Besucherzahl fast dauernd, und erfreulicherweise beteiligten sich die Frauen unserer Mitglieder in verstärktem Maße an diesen Veranstaltungen. Im Laufe des Winters wurden nun folgende Lichtbildvorträge gehalten: 1. Der deutsche Rhein. 2. Das rheinisch-westfälische Industriegebiet. 3. Wirtschaft und Technik. 4. Backsteingotik im östlichen Deutschland. 5. Gotische Dome in Deutschland. 6. Vom Pfahlbau zum Rollenträger. 7. Deutsche Kloster- und Kirchenbauten. 8. Neue Wege der Produktionssteigerung. Gehalten wurden diese Vorträge in acht Ortsgruppen, und zwar in Heppenheim, Sodenheim, Biernheim, Oppau, Redarau, Bürstadt, St. Leon und Esthal. Dazu wurde unser Film „Die Leute vom Bau“ in drei Ortsgruppen, und zwar in Mannheim, Lampertheim und Lorsch vorgeführt. Das Programm der Lichtbildabend war so, daß zuerst ein Vortrag über eine heute im Vordergrund stehende gewerkschaftliche, wirtschaftliche oder arbeitsrechtliche Frage gehalten wurde und dann ein Lichtbildvortrag folgte, oder aber der Lichtbildvortrag sofort eine uns als Gewerkschaftler interessierende Frage behandelte. So wurden besonders einige wirtschaftliche Fragen, wie Deutschlands Ausfuhr und Lohnabbau, die Bedeutung der Rationalisierung usw. an Hand von gutem Lichtbildmaterial sehr eingehend behandelt. Auch bei unserer Jugendarbeit hat uns das Lichtbild gute Dienste geleistet. Die Gruppenveranstaltungen, in denen die Schönheiten des Rheines, die wunderbaren Kirchen und Bauwerke, die Entwicklung der menschlichen Wohnung usw. gezeigt wurden, werden besonders in guter Erinnerung bleiben.

Rheinhausen. Am 2. Mai fand unsere Monatsversammlung statt. Der Besuch war gut. Kollege Peil-Mörs gab den Bericht über die Tarifverhandlungen und die Neuerungen im Reichs- und Bezirksarbeitsvertrag, Einzelheiten

sollen durchgesprochen werden, wenn der neue Tarif im Druck vorliegt. Der Vorsitzende, Kollege Jakob Horst, gab den Anstoß zur Gründung einer Jugendgruppe. Zum Obmann wählte man den Kollegen Jakob Horst, zum Vorsitzenden C. Grünhage.

Zellhausen (Kr. Offenbach). Am 3. Mai fand unsere Generalversammlung statt. Der seitherige Vorstand wurde durch Zuzuf einstimmig wiedergewählt. Kollege Gerbig-Frankfurt a. M. verband mit dem Dank an die Vorstandsschicht das Ersuchen, treu im Sinne der Bewegung weiterzuarbeiten. Der erste Vorsitzende, Kollege Winter, anerkannte die Treue der Kollegen und forderte die anwesenden Kollegen auf, ebenfalls in diesem Sinne mitzuarbeiten. Sodann gab Kollege Gerbig einen kurzen Bericht über die Lohnverhandlungen und den Stand der jetzigen Löhne. In der sehr lebhaften Diskussion wurde von allen anwesenden Kollegen der Lohnabbau schwer verurteilt, da die Preise für Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände nicht herabgesetzt, sondern teilweise heraufgesetzt seien. Es wurde zum Ausdruck gebracht, daß wir uns durch diese Rückschläge im Vertrauen auf unsere Organisation nicht irren machen lassen. Hierfür sprach Kollege Gerbig über die augenblickliche Wirtschaftskrise. In der Ortsgruppe Zellhausen waren im Jahre 1930 durchschnittlich 60 Proz. der Kollegen arbeitslos und ohne Verdienst. Es wurde der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß auch einmal wieder bessere Zeiten für die Bauarbeiter eintreten werden.

Belmold (Rippe). Am 26. April versammelten wir unsere Kollegen und ihre Familienangehörigen zu einer ungerechten Jubiläumsfeier anlässlich des 25jährigen Bestehens unserer Verwaltungsstelle. Mit einer Begrüßungsansprache leitete der Vorsitzende die Feier ein. Kollege Werner, Paderborn, warf in der Festprache einen Rückblick auf die verflochtenen 25 Jahre und auf die Anfangszeit unserer christlichen Gewerkschaftsbewegung. Im Anschluß daran nahm er die Ehrung der Jubilare vor. Die silberne Nadel und ein Diplom erstellten nachstehend genannte 16 Kollegen: Frik Vollmann, Wilhelm Brockmann, Albert Köppe, Heinrich Mörs, Frik Bauerkämper, Simon Sieweke, August Heigenberg, Frik Möller, Frik Bedmann, Heinrich Grüttemeier, Bernhard Kelle, Karl Grote, Heinrich Mellies, Wilhelm Detering, Konrad Beermann und Heinrich Strafe. Ein dreifaches kräftiges Hoch auf unsere Jubilare beschloß die Ehrung. Ausgezeichnete Musik verschönerte die Feier. Die ganze Verwaltungsstelle fühlte sich als ein großer Familienkreis.

Abgelegte Prüfungen nach erfolgreichem Selbstunterricht. Leuende, die für den Besuch technischer oder höherer Lehranstalten nicht die erforderlichen Mittel oder infolge ihres Berufes nicht die nötige Zeit haben, oder die an Orten wohnen, an denen sich keine Lehranstalten befinden, haben sich durch das Studium der im Ruffinischen Lehrinstitut in Potsdam — B 79 — erscheinenden technischen und wissenschaftlichen Selbstunterrichtswerke „System Ruffinad-Sachfeld“ nicht nur eine umfassende Bildung, sondern auch dasjenige Maß von Kenntnissen erworben, das zum Bestehen der einschlägigen Fachmännchen und wissenschaftlichen Prüfungen notwendig ist. So wurden Prüfungen im Maschinenbau und Elektrotechnik, im Hoch- und Tiefbau, im Berg- und Hüttenwesen, im Eisenbahnenwesen, Kunstgewerbe, wie auch Meisterprüfungen aller Art erfolgreich bestanden. Wir wollen nicht veräumen, diese geeigneten Werke allen denjenigen, die vorwärts streben, aufs wärmste zu empfehlen.

Sterbetafel

Am 26. April starb unser Kollege Christian Peters, Malier, im jugendlichen Alter von 28 Jahren an Zuckerkrankheit.

Verwaltungsstelle Köln.

Ehre seinem Andenken!

Haben Sie Lust?

Ausbildung im Hoch- und Tiefbau, Vorbereitung auf Prüfungen (zum Geometer, Meister, Keller, Bautechniker und Bauarbeiter) durch die Selbstunterrichtsbroschüre des Systems Ruffinad. Verlangen Sie kostenloses Prospekt vom Ruffinischen Lehrinstitut, Potsdam B. 89.

Radikaler Preisabbau!



WER das praktische technische Zeichnen und Rechnen erlernen will, wenn die Mittel zu dem jetzt so kostspieligen Besuch einer Bauerschule fehlen, wer sich zum tüchtigen Meister und Bauhilfer ausbilden will, wer sich auf die Meisterprüfung vorbereiten will, der findet hierzu in meiner auf langjähriger praktischer und theoretischer Erfahrung beruhenden Lehrmethode zu Hause Gelegenheit. Ohne Vorwissen! Ohne Benützung! Mehrere Anläufe und Prospekt kostenlos. Bitte Name, Straße, Stadt, Kreis, B. Postfach 32.

Schallplatten!

60 Stk. 250 Gramm 6 Stk. 3,30 Reichsmark einigmal H. Bergmann Schallpl. Postfach 12

Leff den Deutschen

Wepa

Fabrik f. Arbeitsanzüge sämtlicher Berufs Spez: Blaue Maschinenbau- sowie Maurer- und Manoeuvre-Anzüge Wilhelm Fahr, Berlin N 31, Brunnenstraße 78

In 3 Tagen Nichtraucher

Anskunft kostenlos! Sanitäts-Depot, Halle a. S. 95 W.

Gelbstrohren

pflanzta. bechnitt. für Ball., Gart. u. Friedb., v. zart. gelb bis dunkel, rot. 10 St. RM. 3.— 25 St. RM. 6.—, 100 St. RM. 20.—, Rosenzonenbäumch. 40/70 hoch. 10 St. RM. 12.—, Fern. u. Porto extra. Fern. gest. Nachg. ganz gratis, Best.- und Antragsform. Gedr. 306/20, Lützowstr. 15.

Roman Graelich Bahnpassagen BERLIN NO 43 Gellertstraße 12

Rosen.

10 Stck. 3.50 RM. mit Anwachsgarantieschein über 100 Edel-sorten.

Table with 2 columns: Quantity and Price. Includes items like 25 Stück, 30, 10 Kletterrosen, 10 Polyanthrosen, 10 Friedhofrosen, 5 Hochstämme, 5 Halbstämme, 2 Trauerrosen.

Für Hecken:

Table with 2 columns: Quantity and Price. Includes items like 100 Thuja, 100 Liguster, immergrün, 100 Weißdorn, 100 Rotbuchen, 100 Blaucypressen.

Ferner besonders starke Pflanzen:

Table with 2 columns: Quantity and Price. Includes items like 10 vorsch. Stauden, 10 Ziersträucher, 10 Edeldahliaen, 50 Gladiolen, 50 Montbretien, 50 Begonien, 50 Anemonen, 50 Ranunkeln.

Obst.

Table with 2 columns: Quantity and Price. Includes items like 5 Apfel oder Birnen, 5 Sauerkirschen, 5 Pfirsiche.

Gesunde Halbstämme:

Table with 2 columns: Quantity and Price. Includes items like 5 Apfel oder Birnen, 5 Pflaumen oder Kirschen.

Prächtige Hochstämme:

Table with 2 columns: Quantity and Price. Includes items like 5 Apfel oder Birnen, 5 Pflaumen oder Kirschen.

Alles nur Qualitätsware! Garantie: Bei Nichtgefallen Zurücknahme. Illustr. Preisliste frei. Alles pflanzfertig bechnitt. mit Sortenetikett. Nachnahmeversand mit 6 Prozent Rabatt!

Vertreter und Mitarbeiter mit großem Bekanntheitskreis gesucht! Josef Fasen, Versandbaumschule, Halstenbek. (Holtel).

Die Baugewerkschaft

Zeitung des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonnabend. Bezugspreis vierteljährlich 3,- RM. (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. Redaktionschluss: Montag, morgens 9 Uhr
Nr. 21 + 32. Jahrgang Geschäftsstelle und Schriftleitung: Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2/3 Berlin, 23. Mai 1931

Pfingstgeist

An Pfingsten wurden die Apostel, die zur Verkündigung des Christentums in der Welt auserkoren waren, vom Heiligen Geiste erfüllt. Sie, die durch den Weggang ihres Meisters von dieser Erde kleinmütig, verzagt und fürchtam waren, wurden mit einer wunderbaren Kraft erfüllt. Vordem hinter verschlossenen Türen beratend, was nun werden sollte, fühlten sie sich plötzlich befähigt, vor der breiten Öffentlichkeit die Lehre des Christentums zu verkünden. Ueber die Kleinmütigen und Verzagten kam der Geist des Willens, der Kraft, der Beharrlichkeit.

Auch die christliche Gewerkschaftsbewegung brauchte einen starken Willen, eine große Kraft und vor allem auch eine große Beharrlichkeit. Ueber diese Schätze verfügte sie in der Vergangenheit. Es wäre sonst unmöglich gewesen, daß eine Bewegung, die gleichzeitig gegen Haß und Unverständnis, gegen radikalen Sozialismus und verflachenden Liberalismus kämpfen mußte, sich durchgesetzt hätte. Die Liebe und Treue der christlichen Arbeiter in ihrem Verteidigungskampf gegen rechts und links ließ sie sich immer wieder unter dem gemeinsamen Banner zusammenschließen, daselbe neuen Siegen entgegenzuführen. Liebe und Treue aber wurzeln in einem recht verstandenen Christentum. Wir glauben an den sozialen Geist des Christentums, an seine Gestaltungskraft. Diesen unbedingten Glauben an das Christentum müssen wir auch in der Gegenwart trotz aller Not und aller Wirrnisse hochhalten. Denn gerade zu solchen Zeiten bestehen die falschen Lehren falscher Propheten. Eine solche falsche Lehre ist die des Sozialismus, daß alle in durch die Aenderung der Verhältnisse die menschliche Not behoben und die soziale Frage gelöst werden könne.

In „Parasit“, dem Meisterwerk von Richard Wagner, hören wir immer wieder das Leidensmotiv, die Klage Amfortas über seine Wunde, die stets von neuem schmerzt und blutet. Nur die mit dem heiligen Blut des Erlösers getränkte Lanze vermochte sie zu schließen. So wird auch die soziale Frage zur steten Leidenswunde der Menschheit, die immer wieder bluten wird. Werfen wir in der Geschichte einen Blick rückwärts, so sehen wir, daß jede Zeit ihre soziale Frage, ihre blutende Leidenswunde gehabt hat. Die Zeit der Antike hatte im Sklaventum, das Mittelalter in der Bauern- und Handwerkerfrage, das 19. Jahrhundert in der Arbeiterfrage und die Gegenwart dazu durch Krieg, Revolution, Inflation und Not auf allen Gebieten ihre Leidenswunde. Außere Umstellung der Verhältnisse, geänderte Wirtschaftsformen können wohl eine Teillösung sozialer Fragen kurzfristig herbeiführen; die große Lösung wird nur erreicht durch Befolgung des Gebotes, das Christus als das Hauptgebot bezeichnet hat: „Liebe deinen Nächsten wie dich selbst“. Zur Verkündigung dieses Wortes, das eine dem höchsten Menschenrecht abgewandte Welt vor 2000 Jahren nicht verstehen wollte und es auch heute nicht will, empfingen die Apostel am ersten christlichen Pfingstfest die Kraft und die Rednergabe.

Gerne zitiert die Sozialdemokratie aus den Worten Christi und der Heiligen Schrift, um damit zu beweisen, daß Christus und die Apostel auch „Sozialdemokraten“, auch „Revolutionäre“ gewesen seien. So schrieb „Der Grundstein“, das Organ des sozialistischen Deutschen Baugewerksbundes in seiner Nummer 21 des Jahres 1926 in einem Pfingstartikel:

„Und als es dann den Herrschenden trotz aller Grausamkeit und Brutalität nicht mehr möglich erschien, diese Bewegung — das Christentum — auszurotten, da söhnte man sich mit ihr aus, bog jedoch mit schlauer Berechnung den wahren Sinn

der Christuslehre in der Weise um, daß den Mächtigen und Reichen ihre Herrschaftsrechte verblieben: man verlegte die Gleichheitsidee ins Jenseits.“

So etwas kann nur schreiben, wer nicht glaubt, daß Christus der Sohn Gottes war. Wäre er das, als was ihn „Der Grundstein“ hinstellt, nämlich nicht mehr als irgend ein Philosoph der Vergangenheit, dann hätte Christus nicht sagen können: „Mein Reich ist nicht von dieser Welt“. Es ist das Reich des Geistes, der von Gott ist.

Der Pfingstgeist der Apostel war kein revolutionärer Geist, sondern der Geist des Friedens, der Geist der Liebe, der Geist, der ewige Werte lehrte! Insofern sind sich Kapitalismus und Sozialismus einig, daß sie nämlich den Geist nur in der Form des Geldes kennen und ihn danach bewerten, wieviel wirtschaftliche Güter oder wirtschaftliche Vorteile aus ihm geboren werden können. Dient der Gedanke „der Geist“, der Erfindung eines neuen Patenten oder trägt er zu einem neuen Rekord bei, dann erfolgt seine Massenbewunderung. Ist er aber nicht mehr zu realisieren mit irdischen Gütern, entspringen aus ihm keine wirtschaftlichen Vorteile, sondern greift er hinein in das Gebiet der Philosophie, der Religion, der idealen Weltanschauung, dann ist er der Gefahr ausgelegt, verachtet zu werden. Und doch kann kein gesund empfindender Mensch im Gedanken lediglich ein Produkt des Gehirnes sehen, sondern der Gedanke ist für ihn eine Auswirkung des Geistes, dafür bestimmt, dem Irdischen und wieder dem Geistigen zu dienen, „den Geist immer wieder zu erneuern“.

Christus, der Zimmermannssohn, sagte: „Bete und arbeite“, und er goß am Pfingstfest über seine Getreuen den Geist aus, damit sie stark genug seien, um wieder dem Geiste zu dienen. Ihre Gedanken sollten sich nicht erschöpfen im Denken für das Irdische, sonst wären aus ihnen keine Verkünder ewiger Heilswahrheiten, sondern Organisatoren, Ingenieure, Architekten geworden. „Ihr seid das Salz der Erde“, sagte Christus ein andermal zu den Aposteln, „Ihr sollt die Welt erneuern“, und er stattete sie dazu aus mit den Gaben des Geistes, als Gottessohn wissend, daß die irdischen Handlungen der

Jünger selbst die rechten würden, entsprangen sie doch dem rechten Geiste. Aus dem rechten Geiste konnten keine dem Geist widersprechende Taten geboren werden.

So will auch die christliche Gewerkschaftsbewegung durch ihr Wirken in der Wirtschaft Taten hervorbringen, die mit dem rechten Geiste, mit dem Geist des Christentums, in Einklang stehen.

Deshalb billigen wir auch nicht den Satz: „Das Christentum hat mit der Wirtschaft nichts zu tun“. Wir haben vielmehr die Auffassung, daß das Christentum mit der Wirtschaft überall dort etwas zu tun hat, wo die Wirtschaft gegen das Gesetz der Bruder- und der Nächstenliebe verstößt.

Die christlichen Gewerkschaften ringen weniger um die Form der Wirtschaft, als um das Christentum in der Wirtschaft. Dessen müssen sie immer wieder eingedenk sein, wollen sie sich nicht zwei großen Gefahren aussetzen, nämlich entweder

einer ideologischen Schwärmerei zu verfallen, die sich nicht verwirklichen läßt, oder das Wirtschaftliche losgelöst vom Religiösen zu betrachten.

Letzteres könnte ihnen um so eher passieren, weil sie als wirtschaftliche Organisation mitten im Kampf ums Materielle stehen, da könnte sie das Wirtschaftliche leicht fortreißen in eine Welt, von der sie keinen Anker mehr auswerfen könnten, um das Wirtschaftliche auch im Religiösen zu verankern. Dann wären sie auch soweit, daß sie sagen könnten, das Christentum hat mit der Wirtschaft nichts zu tun.

Weil wir der Ansicht sind, daß das Christentum nicht nur neben der Wirtschaft steht, sondern über der Wirtschaft, werden wir immer Verstöße der Wirtschaft gegen das, was das Christentum will, zurückweisen. So werten wir auch den gesunden Eigentumsbegriff, der den Eigentümer sittlich verpflichtet und den Begriff der gerechten Verteilung des Arbeitsertrages.

So wird dem christlichen Gewerkschaftler die aus echtem Pfingstgeist genährte Lehre der Apostel zwar zu einer sozialen Lehre, aber sie ist für ihn nicht nur eine solche. Er teilt den Pfingstgeist nicht in einen solchen, den er brauchen, benützen, mit dem er Gesährte machen kann und in einen solchen, mit dem er nichts anzufangen weiß. Für ihn ist er ein untrennbares Ganzes.

Um die Durchsetzung der Wirtschaft und des Staates mit echtem Pfingstgeist muß die christliche Gewerkschaftsbewegung auch fernerhin ringen, denn aus ihm erwächst wahre Bruderliebe und soziale Gerechtigkeit! Ph. Häring.

Arbeitsbeschaffung durch Wohnungsbau und Siedlung

Betrachtungen zur Deutschen Bau-Ausstellung in Berlin

Unter den Arbeitsbeschaffungsmöglichkeiten nimmt die Errichtung von städtischen Wohnungen und ländlichen Siedlungen schon deshalb einen hervorragenden Platz ein, weil damit Wohnungs- und Ernährungsnot gemildert werden soll und das Baugewerbe als Schlüsselindustrie eine Arbeitsbeschaffungsmöglichkeit mit den weitesten Auswirkungen bietet. Eine zielbewusste Arbeitsbeschaffungspolitik kann an einer solchen produktiven Wohnungs- und Siedlungspolitik, die zugleich eine sinnvolle Bevölkerungsverteilung bringen soll, nicht vorbeigehen. In dieser Richtung kann die jetzt in Berlin eröffnete Deutsche Bau-Ausstellung als Anregerin sehr begrüßt werden; denn die Lage im Wohnungs- und Siedlungsbau und der gesamten deutschen Bauwirtschaft ist gegenwärtig außerordentlich trübe. Die Sparmaßnahmen der öffentlichen Hand beschränken von Jahr zu Jahr immer mehr die Auftragserteilung von Hoch- und Tiefbauten. Von der hausgewerblichen Erzeugung eines guten Baujahres, wie es die Jahre 1928 und 1929 waren, entfallen von dem Gesamtwert von etwa 9 Milliarden RM. beinahe 3 Milliarden RM. auf den öffentlichen Bau und hier wirken sich die Finanzschwierigkeiten der öffentlichen Hand zuerst und am härtesten aus.

Der gewerbliche Bau, also Bauten für Industrie, Handel und Gewerbe, der in guten Baujahren auch beinahe 3 Milliarden RM. beansprucht, liegt nicht minder darnieder, denn bei der ungünstigen allgemeinen Wirtschaftslage ist das Verlangen, Geld in den gewerblichen Bau zu stecken, nur sehr gering. Wenn von Fehlinvestitionen im Baugewerbe gesprochen werden kann, so sind im gewerblichen Bau nicht unerhebliche Beträge fehlgeleitet worden, so daß Geldgeber und Sanherren gegenwärtig nur mit besonderer Vorsicht den gewerblichen Bau betreiben. Dagegen ist auf dem Gebiete des städtischen Wohnungsbau und der ländlichen Siedlung noch viel fruchtbare Arbeit zu leisten. Denn der Wohnungsbedarf ist, von örtlichen Ausnahmen abgesehen, im allgemeinen keineswegs auch nur annähernd gedeckt. Freilich macht das teure Baugeld vom freien Kapitalmarkt die Errichtung von brauchbaren Wohnungen zu tragbaren Mieten bei dem geringsten Einkommen breiter Kreise immer schwieriger, und gerade hier muß von der öffentlichen Hand alles versucht werden, den Wohnungsbau für die minderbemittelten Schichten zu fördern, weil die freie Bauwirtschaft hierzu noch nicht in der Lage ist. Hinsichtlich des Wohnungsbedarfs sind auch

heute noch die im Reichsarbeitsministerium sorgfältig aufgestellten und vom Reichstag anerkannten Zahlen der Reichsrichtlinien Richtung gebend: Danach beträgt der durch den Ueberfluß der alljährlich neu gegründeten Haushaltungen bewirkte Zuwachs des Bedarfs an neuen Wohnungen für die Zeit von 1931 bis 1935 250 000, von 1936 bis 1940 190 000 Wohnungen jährlich. Dazu kommt noch ein gegenwärtiger Rückstand von mindestens 300 000 Wohnungen. Der durch Mangel und Unterbrechung in der Bautätigkeit entstandene Ersatzbedarf für abbruchreifen Altwohnraum und auf die Dauer nicht brauchbare Notbehelfswohnungen ist darin noch nicht eingeschlossen.

Auf dem Gebiete des ländlichen Siedlungswezens hofft man in Zukunft jährlich mindestens 10 000 Siedlerstellen zu errichten. Preußen, das Hauptsiedlungsland, rechnet damit, daß im Jahre 1931 das bekannte Sering'sche Siedlungsprogramm mit 10 000 neuen Siedlungsbauten erreicht wird. Zwischen der ländlichen Siedlung und den städtischen Wohnungsbauten liegt ferner die nicht zu unterschätzende Arbeitsbeschaffungsmöglichkeit der vorstädtischen und Nebenerwerbs-Siedlung, Siedlungsformen, die gegenwärtig von den verantwortlichen Stellen in anerkannter Weise immer mehr bevorzugt werden, und das mit Recht, weil in dieser Siedlungsform nicht nur die Beschaffung gesunder Wohnungen unter Heranziehung privater Geldmittel, sondern auch von zusätzlicher Arbeit liegt.

Eine städtische Wohnungspolitik, die über die vorstädtische Siedlungstätigkeit mit der ländlichen Siedlungspolitik mehr als bisher Hand in Hand arbeitet, kommt in der Berliner Bau-Ausstellung wiederholt zum Ausdruck. Am ausdrucksvollsten sieht man diese Zusammenarbeit bei dem vom Reichsverband der Wohnungsfürsorgegesellschaften vorgeführten, so anschaulichem Ausstellungsobjekt. Hier sieht man, wie der nachkriegszeitliche städtische Wohnungsbau über die vorstädtische Siedlung zur Nebenerwerbs-Siedlung und der industriellen Ausdehnung organisch in die ländliche Siedlung ineinander fließt. Zwei Zahlen kennzeichnen die bisherigen Leistungen der Wohnungsfürsorge-

Wer einem großen Ziele lebt,
darf planlos nicht ins Weite schwimmen.
Wer nach des Baumes Krone strebt,
muß mühsam Mit auf Mit erklimmen.

gesellschaften: Ueber 300 000 Wohnungen wurden von ihnen ausgeführt und gefördert und 1,8 Milliarden RM. Bankkredit vermittelten sie. Nicht minder lehrreich und anschaulich wirkt die Darstellung des genossenschaftlichen Wohnungswesens, wie sie vom Verband für die gemeinnützige Bautätigkeit Berlins vorgeführt wird. Diese Schau zeigt auch dem Laien die hervorragenden Merkmale des neuzeitlichen Wohnungsbauens. Sinnvoll kommt hier zum Ausdruck daß in Berlin allein 200 000 Menschen in etwa 50 000 genossenschaftlichen Wohnungen, deren Wert 500 Millionen RM. beträgt, eine gesunde und preiswerte Unterkunft finden. In der gleichen Ausstellungshalle hat die von 21 deutschen und fremden Staaten besuchte Internationale Ausstellung für Städtebau und Wohnungswesen ihren bevorzugten Platz gefunden.

Nicht minder großes Interesse erweckt die aktuelle Sonderchau über den ländlichen Siedlungsbau. Auf dem Freigelände sind 22 Mustergebäude in massiver Bauweise einzugestiegen errichtet. Man wollte hier nicht nur eine Anzahl musterhafter landwirtschaftlicher Bauten in natürlicher Größe und in den verschiedenen Bauweisen praktisch vor Augen führen, sondern auch für die Landbevölkerung den Wert rationalisierter Arbeit an Beispielen wirtschaften klar machen, so daß man diese Muster-Siedlung auch von diesem praktischen Standpunkt aus betrachten mag.

Sehr kritisch wird von den Ausstellungsbesuchern, insbesondere von den Wohnungsreformatoren die Abteilung Wohnung unserer Zeit betrachtet werden müssen. Hier kommt der überspannende Rationalisierungsgedanke mancher moderner Techniker und Architekten durch die Bevorzugung der Kleinstwohnung zum Ausdruck. Die unzeitliche Miniaturwohnung wird hier in mancherlei Form angepriesen. Also der Wohnungsverband soll die Kürzung der öffentlichen Wohnungsbaukosten und die ungewöhnlich hohen Zinsätze für Baugelder tragen. Bei der kritischen Ausstellungsbesuchern finden diese Kleinstwohnungen mit ihren zu geringen Abmessungen keine günstige Beurteilung. Schließlich hat ja auch die Praxis gezeigt, daß der Unterschied in den Baukosten zwischen einer unzulänglichen Kleinstwohnung und einer brauchbaren größeren Wohnung nicht so groß ist, als das dem die wirtschaftlichen, gesundheitlichen und pädagogischen Nachteile einer so engen Wohnung ausgeglichen werden. Unter welchem Gesichtswinkel man die Berliner Bau-Ausstellung betrachten mag, immer wieder wird der Besucher in der Auffassung befestigt, wie verhängnisvoll in der gegenwärtigen Zeit der Wohnungs- und Arbeitslosigkeit die Einschränkung öffentlicher Mittel, wie sie das letzte Wohnungsbauprogramm der Reichsregierung gebracht hat, sich auswirkt, und daß zur Förderung des Wohnungs- und Siedlungswesens und zur Milderung unserer Arbeitslosigkeit keine Kürzung, sondern eine Mehrleistung öffentlicher Mittel erforderlich ist.

Oskar Böhm.

Zur Diskussion über den Abbau der Löhne

Seit jener Zeit, als die Bestrebungen seitens der Arbeiterchaft einsetzten, die Löhne zu erhöhen, hat die Diskussion nicht mehr aufgehört über die Frage, ob die Lohnerhöhungen volkswirtschaftlich günstig oder ungünstig wirken. Zunächst wurde bestritten, daß überhaupt Lohnerhöhungen möglich wären. Bekannt ist das eiserne Lohngesetz, das von Lassalle seine scharfe Formulierung erhielt. Das eiserne Lohngesetz entstand aus der Anwendung des volkswirtschaftlichen Gesetzes von Angebot und Nachfrage bei der Preisbildung auf die Lohnhöhe. Bei beliebig vermehrbaren Waren, so wurde behauptet, pendelt der Preis der Ware um jene Höhe herum, die noch die Produktionskosten zuzüglich eines Unternehmergewinns decken. Sinkt der Preis unter diese Höhe für eine lange Zeit, dann würde das Angebot der Ware sinken, bis wieder eine gewinnbringende Produktion möglich sei. Auch die Höhe des Lohnes richtete sich nach dem Angebot durch die Arbeitskräfte und der Nachfrage durch die Unternehmer. Eine Vermehrung des Nahrungsraumes führe immer zu einer verstärkten Vermehrung der Bevölkerung. Der Lohn müsse sich deshalb immer auf der Höhe bewegen, die gerade noch ausreichte, um den Nachwuchs aufzuziehen. Unter diese Grenze könne der Lohn nicht sinken, denn sonst würde das Angebot der Arbeitskräfte zurückgehen, es würde unter den Bedarf sinken. Da man glaubte, daß nur und ausschließlich die Lohnhöhe von dem Angebot und der Nachfrage von Arbeitskräften abhängt, so konnte man die Lohnhöhe nicht beeinflussen. Das sei ein eiserne unabänderliches ökonomisches Gesetz. Lassalle gab den Arbeitern den Rat, die Vermehrung der Bevölkerung, also die Geburten, zu beschränken. Eine solche grundsätzliche Auffassung mußte in der Arbeiterchaft eine hoffnungslose Stimmung auslösen.

Wer die beiden Bände des Ehepaars Webb's über die „Theorie und Praxis der Trade Unions in England“ gelesen hat, weiß, daß die Lohnerhöhungen der englischen Gewerkschaften während Jahrzehnten gegen alle wissenschaftlichen Ansichten durchgeführt wurden. Erst die Praxis erbrachte den Beweis, daß Lohnerhöhungen möglich sind.

Inzwischen entstand eine neue Theorie. Auch sie besagt, daß, wenn schon Lohnerhöhungen durchgeführt werden, dieses doch in ganz beschränktem Ausmaße möglich ist. Es wurde behauptet, daß für die Lohnzahlungen nur eine bestimmte Menge flüssiges Geld vorhanden sei. Jeder einzelne Unternehmer habe nur eine bestimmte Summe Geld für Lohnzahlungen zur Verfügung. Diese Summe sei unabänderlich. Durch Lohnerhöhungen werde aber die erforderliche Lohnsumme vergrößert, da die zu Lohnzahlungen zur Verfügung stehende Summe aber nicht ohne weiteres vergrößert werden könnte, so müßten die angebotenen Lohnerhöhungen scheitern. Diese Theorie bezeichnet man als Lohnfondstheorie. Sie besagt, daß dem einzelnen Unternehmer und damit der ganzen Volkswirtschaft nur eine bestimmte unabänderliche Geldsumme für Lohnerhöhungen zur Verfügung stände.

Diese Theorie ist heute als falsch erkannt. Kein Unternehmer hat ein bestimmtes Betriebskapital für Lohnzahlungen zur Verfügung. In normalen Zeiten kann jedes gesunde Unternehmen den Kredit für Lohnzahlungen ebenso erweitern wie für andere Zahlungen. Nun wird sich gewiß nicht bestreiten lassen, daß Lohnerhöhungen ihre Grenze haben, denn sonst könnte ja jede beliebige Lohnerhöhung durchgeführt werden. Es kommt ja nicht auf nominale Lohnerhöhungen an, sondern darauf, daß der Reallohn gesteigert wird. Heute wissen wir, daß wir es bei der Lohnfrage mit einem Problem zu tun haben, das nicht leicht klar zu stellen ist. Es ist deshalb wohl verständlich, wenn die Lohnfrage immer wieder zur Debatte steht. Erst recht muß das der Fall sein, wenn Preisentungen angestrebt werden. Es ist bekannt, daß gewisse Kreise der Meinung sind, daß nur durch erhebliche Lohnsenkungen die Preise gesenkt werden könnten. Die Lohnfrage steht wieder einmal international zur Debatte. Dr. Jakob Marjhat hat in einer Broschüre „Die Lohndiskussion“ die für und gegen Lohnerhöhungen angeführten Gründe zusammengestellt. Diese Darlegungen wurden als Vorbericht der Internationalen Vereinigung für Sozialen Fortschritt von der Gesellschaft für Soziale Reformen übermittelt. Bei der Bedeutung, die die Lohnfrage gerade heute für die Gewerkschaften hat, dürfte es wohl angebracht sein, auf diese Diskussion näher einzugehen.

Die Begründung von Lohnerhöhungen mit außer-wirtschaftlichen Gesichtspunkten.

Zunächst werden Lohnerhöhungen mit sozialen Gesichtspunkten begründet. Die Lohnhöhe bestimmt das Einkommen des arbeitenden Menschen, da ihm andere Einkommensquellen nicht zur Verfügung stehen. Das Jahreseinkommen bestimmt, welche Wohnungen gemietet werden kann. Das Einkommen bestimmt auch die gesamte Lebenshaltung. Vom Einkommen hängt es ab, ob Zeitungen, Zeitschriften und Bücher besorgt werden können. Wer Theater besuchen und Reisen machen will, braucht dazu Geld, das er nicht hat, wenn nur ein niedriges Einkommen vorhanden ist.

Im allgemeinen besteht keine Meinungsverschiedenheit darüber, daß es für ein Staatsvolk von größter Bedeutung

ist, eine kulturell hochstehende Arbeitnehmerschaft zu haben. Der heutige Stand der Technik fordert eine hochstehende Arbeitnehmerschaft. Will Deutschland seine weltwirtschaftliche Stellung halten und erweitern, dann ist eine kulturell hochstehende Arbeitnehmerschaft dafür die Voraussetzung für einen im Herzen Europas gelegenen Staat wie Deutschland ist es von größter Bedeutung, eine zufriedene und staatspolitisch zuverlässige Arbeitnehmerschaft zu haben. Ohne die Staatsstreue der Arbeitnehmerschaft, die in Deutschland zwei Drittel der deutschen Bevölkerung ausmacht, müßte der deutsche Staat dauernd gefährlichen politischen Schwankungen ausgesetzt sein. So sprechen gewiß wichtige kulturelle, soziale und politische Gründe dafür, daß Lohnerhöhungen eintreten.

Wirtschaftliche Gesichtspunkte bei der Behandlung der Lohnfrage.

Sind also Lohnerhöhungen aus den oben angeführten Gründen erwünscht, so ist es doch zunächst eine offene Frage, ob Lohnerhöhungen auch wirtschaftlich möglich sind. Sieht man von den reinen Differenzialrenten ab (Gewinne aus dem Verkauf von Wertpapieren zu höheren Kursen, Verkauf von Grundstücken zu höherem Verkaufspreis als der Einkaufspreis war usw.), so liegt jedem Einkommen im volkswirtschaftlichen Kreislauf, ob es sich um Lohn, Unternehmergewinn oder Kapitalzins handelt, eine produktive Leistung zu Grunde. Wenn die Einkommensverteilung geändert werden soll, dann müssen sich entweder die produktiven Leistungen erhöhen oder die Höhe des Einkommens der verschiedenen Einkommensbezieher geändert werden. Weiterhin ist die Einkommensverteilung für die Frage von Bedeutung, inwieweit dadurch der Konsum oder der Verbrauch und die volkswirtschaftliche Kapitalbildung günstig oder ungünstig beeinflusst wird. Freilich handelt es sich hier um schwierige Fragen, über die keine einheitliche Auffassung vorhanden ist. Im allgemeinen besteht darüber Einverständnis, daß der Lohn als Kaufkraftfaktor in Betracht kommt. Dabei bleibt die Frage offen, ob Lohnerhöhungen zu größeren Ersparnissen und damit zu einer vermehrten Kapitalbildung führen, oder ob Lohnerhöhungen eine andere Einkommensverteilung bewirken und damit die Kapitalbildung bestimmter Kreise ungünstig beeinflussen.

(Fortsetzung folgt.)

Der Kampf im saarländischen Baugewerbe

Im saarländischen Baugewerbe hat sich in den letzten 6 Wochen eine Machtprobe zwischen dem Arbeitgeberverband und den Bauarbeitergewerkschaften abgepielt, deren Ausgang für alle diktatorliferen Unternehmer eine ernstliche Warnung sein dürfte. Die derzeitigen wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen Verhältnisse im Reich einschließlich des Saargebietes erheischen von Unternehmern und Arbeitnehmern die gemeinsame Lösung ganz anderer nationalwirtschaftlicher Aufgaben, als ihre wertvolle Kraft in nutz- und erfolglosen Ausperrungen zu verzetteln und die eigene schlechte wirtschaftliche Lage durch überflüssige Kampfhandlungen noch weiter herunterzuwirtschaften. Gemeinsames Ziel der Unternehmer und Arbeitnehmer muß die Ueberwindung der wie ein Alpdrück auf unserm Volke lastenden Wirtschaftskatastrophe mit ihren fürchterlich verheerenden seelischen, materiellen und staatspolitischen Folgen sein. Das gilt wohl am meisten für das Baugewerbe. Die Ausperrung der Bauarbeiter im Saargebiet schlug dieser Erkenntnis ins Gesicht. Der Ausgang des Kampfes hat bewiesen, daß die Bauarbeiter immer noch Kämpfer sind, die ihre berechtigten Interessen wahrzunehmen verstehen.

Um was ging der Kampf bei den Bauarbeitern des Saargebietes? Die Unternehmer wollten am 10. Januar, also mitten im Winter, mit sofortiger Wirkung die Löhne um 12 Prozent abbauen, ohne vorher mit den Gewerkschaften zu verhandeln. Als sie nach Ablehnung ihrer Forderungen durch die Gewerkschaften keinen anderen Ausweg mehr fanden, riefen sie den amtlichen Schlichtungsausschuß Saarbrücken an. Die Gewerkschaften lehnten aber ihr Erscheinen vor diesem solange ab, bis zwischen den Unternehmern und den Gewerkschaften Parteiverhandlungen stattgefunden hätten. Jetzt erklärten sich die Unternehmer zu Parteiverhandlungen bereit, die aber zu keiner Einigung führten. Daraufhin riefen die Arbeitgeber zum zweitenmale den amtlichen Schlichtungsausschuß Saarbrücken an, der dann am 10. März einen Spruch fällte, wonach sich die bisherigen Löhne mit Wirkung ab 14. März 1931 um 5 1/2 Proz. ermäßigen sollten. Diesen Spruch lehnten die Unternehmer ab. Nun ordneten die Arbeitgeber vor sich aus ab 26. März 1931 einen 8-prozentigen Abbau der bisherigen Löhne an und verlangten von ihren Arbeitern daß sie ihr Einverständnis mit dieser Lohnkürzung gegen ihre Gewerkschaft mit ihrer Unterschrift bekundeten. Dieses Ansuchen wurde von mehr als 95 Prozent der beschäftigten Bauarbeiter abgelehnt, worauf sie am 26. März von ihren Arbeitgebern ausgesperrt wurden. Die Unternehmer organisierten jetzt Streikbrecherkolonnen, deren Einsatz von den ausgesperrten Bauarbeitern verhindert wurde. Grüne und blaue Polizei und Ueberfallkommandos wurden auf Veranlassung der Unternehmer gegen die ausgesperrten Bauarbeiter eingesetzt. Ja sogar Gefangene wurden zu Hilfsdiensten herangezogen. Die Gegenmaßnahmen der ausgesperrten Bauarbeiter und ihrer Gewerkschaften vereitelten aber alle arbeitgeberseitigen Maß-

nahmen und zwangen die Unternehmer zu neuen Verhandlungen, die am 11. April unter dem Vorsitz des Herrn Oberbürgermeister Dr. Reikes von Saarbrücken stattfanden. Sie führten zu einem Ergebnis, wonach sich der Lohn ab 26. März um 5 1/2 Prozent und ab 17. Juni um weitere 1 1/2 Prozent ermäßigen sollte. Dieses Ergebnis unterlag der Zustimmung der verbandseitigen Delegiertenversammlungen. Diesmal nahmen die Unternehmer an, während die Delegierten der drei Tarifvertragsparteien auf Arbeitnehmerseite ablehnten. Den tagelangen Bemühungen des deutschen Mitgliedes der Regierungskommission R o h m a n n gelang es, die Parteien erneut an den Verhandlungstisch zu bringen. Seine geschickte Verhandlungsführung führte schließlich dazu, die Parteien auf folgender Grundlage zu einigen:

1. mit Wirkung vom 4. 5. 31 treten die Tariflöhne vom Jahre 1927 wieder in Kraft.
2. der zwischen den Parteien am 25. 8. 1927 abgeschlossene Tarifvertrag wird bis zum 31. 1. 32 verlängert.
3. Maßregelungen aus Anlaß dieser Lohnbewegung werden beiderseits nicht vorgenommen.
4. die von dem Arbeitgeberverband für das Baugewerbe und dem Ribau vorgenommene Regelung für die Poliere und Schachtmeister findet Anwendung auf alle im saarländischen Baugewerbe tätigen Poliere und Schachtmeister.

Die Arbeit ist am 4. Mai nach 6-wöchiger Arbeitsruhe wieder aufgenommen worden. Den Unternehmern ging es bei Ausbruch des Kampfes und während desselben um einen für die Bauarbeiter untragbar starken Abbau der Löhne und um die Durchsetzung ihres Diktatorwillens. Den organisierten Bauarbeitern dagegen ging es um folgendes:

1. Verhinderung eines unerträglich hohen Abbaues ihres Lohnes. (Ihre Löhne liegen bis zu 30 Prozent unter den Bauarbeiterlöhnen im übrigen Reich, während die Lebenshaltungskosten in beiden Gebieten gleich hoch sind.)
2. Verhinderung der Diktatur durch die Unternehmer und Rettung des Tarifvertrages.
3. Verhinderung der arbeitgeberseitigen Absicht, die Bauarbeiter zum Verrat an ihren Gewerkschaften zu bewegen.

Die Bauarbeiter haben auf der ganzen Linie gesiegt. Das ist das erfreuliche Resultat eines mit Schneid und unter Opfern von ihnen geführten Abwehrkampfes. Dafür gebührt den Bauarbeitern im Saargebiet und nicht minder den Saargängern, die sich, von wenig Ausnahmen abgesehen, tapfer verhalten und geschlagen haben, Anerkennung. Der Kampf und sein Ausgang haben erneut bewiesen, und das muß unsere Lehre sein, die wir bei der künftigen Werbearbeit verwenden müssen, daß nur in starken Gewerkschaften vereinte Kräfte in der Lage sind, die Zerstörungsabsichten unserer Widersacher auf der ganzen Linie unschädlich zu machen, denn die schwache Kraft des Einzelnen ist gegenüber den vereinten Kräften im Unternehmerlager machtlos.

G. Maurer, Saarbrücken.

Die Invalidenversicherung im Jahre 1930

Die Gesamtleistungen der Invalidenversicherung betragen (einschließlich der Leistungen an die Versicherungsträger des Saargebietes) im Jahre 1930 vermutlich etwa 1399 Mill. Mark, wenn man die Barerstattungen an die Versicherungsträger mit 1,8 Mill. Mark annimmt. Von diesem Gesamtbetrag waren 1279 Mill. Mark Leistungen für Renten, 21 Mill. Mark Erstattungen an die Träger der Angestelltenversicherung zu Angestelltenrenten für Steigerungsbeträge aus der Invalidenversicherung („Wanderversicherung“), schließlich 98,5 Mill. Mark freiwillige Leistungen. Die Leistungen für eigene Renten verteilen sich auf rund 1173 Mill. Mark, welche durch die Deutsche Reichspost ausgezahlt wurden.

Der Verlauf der Beitragseinnahmen war im Jahre 1930 infolge der Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage bedeutend ungünstiger als im Jahre 1929.

Nach den bisher vorliegenden Mitteilungen betragen sie insgesamt rund 988 Mill. Mark; damit liegen diese um über 100 Mill. Mark niedriger als im Vorjahr. Die Durchschnittshöhe der Beitragseinnahmen war in den einzelnen Monaten des Jahres 1930 bedeutend niedriger als 1929. Auch die Art der Schwankungen wich im Jahre 1930 mit den völlig geänderten Verhältnissen auf dem Arbeitsmarkt von dem Vorjahr ab.

Das Geschäftsjahr 1930 wird mit einem bedeutend geringeren Vermögenszuwachs als das Vorjahr abschließen. Genaue Angaben lassen sich erst nach dem Eingang der Uebersichten über die Geschäfts- und Rechnungsergebnisse machen. Vorläufig kann auf Grund der Einnahmen aus Beiträgen und der Ausgaben für Renten und freiwillige Leistungen sowie für Verwaltungskosten, wie im Reichsarbeitsblatt mitgeteilt wird, geschätzt werden, daß sich das Vermögen im Laufe des Jahres 1930 um rund 52 Mill. Mark auf etwa 1634 Mill. Mark erhöht hat.

Zum Erwerb von Grundstücken und zur Errichtung von Gebäuden wurde den der Aufsicht des Reichsarbeitsverwaltungsamtes unterstehenden Trägern der Invalidenversicherung im Jahre 1930 die Anwendung von insgesamt 12 154 000 Mark genehmigt. In der Hauptsache handelt es sich hierbei um den Erwerb, den Bau oder Ausbau von

Am 23. Mai 1931 ist der einundzwanzigste Wochenbeitrag für das Jahr 1931 fällig.

Grundstücken oder Gebäuden für Heilstätten, Krankenhäuser usw. Auf Verwaltungsgebäude entfielen rund 947 000 Mark.

Die Zahl der Träger der Invalidenversicherung hat sich in den letzten Jahren nicht geändert; es bestehen 29 Landesversicherungsanstalten und 6 Sonderanstalten. Der Umfang der Versicherung ist nicht genau bekannt; man wird annehmen können, daß 1929 und 1930 etwa 18,5 Millionen Versicherte vorhanden waren, etwa 11,1 Millionen Männer und 7,4 Millionen Frauen oder 16,8 Millionen Pflichtversicherte und 1,7 Millionen freiwillig Versicherte.

Aus unsem Deutschen Versicherungskonzern

Im April d. Js. tagten die Generalversammlungen der zu unsem Deutschen Versicherungskonzern (Berlin-Friedenau, Hühnelstraße 15a) gehörigen Gesellschaften, um über die Jahresbilanzen zu beschließen. Die Geschäftsergebnisse des Jahres 1930 waren für beide Gesellschaften trotz der ungünstigen Zeitverhältnisse wieder befriedigend.

Die Deutsche Lebensversicherung Gemeinnützige Aktien-Gesellschaft konnte im Geschäftsjahre 1930 einen Ueberschuß erzielen, der unter Berücksichtigung der Vorträge den vorjährigen noch um rund 37 000 RM. übersteigt. Ihre Prämieinnahme (einschl. aller Nebenleistungen) stieg von 10,04 Millionen RM. im Vorjahre auf über 11 Millionen RM. im Berichtsjahre, die Einnahme aus Kapitalerträgen von 630 000 RM. im Vorjahre auf 860 000 Reichsmark. Die Prämienreserve beträgt 15,13 Millionen RM. Die Gewinne- und Verlustrechnung weist in den Gesamteinnahmen 27,6 Millionen RM. aus. Die Gesamtkтива der Gesellschaft betragen 21,4 Millionen RM. Trotz reichlicher Abschreibungen verblieb ein Reingewinn von 839 000 RM. Die Gewinnreserve der Versicherten beträgt rund 1,94 Millionen RM. An Versicherungsleistungen einschließlich der Rückvergütungen und Zuwendungen an Gewinnanteilen waren 2,66 Millionen Reichsmark erforderlich.

Die Prämiendividende für die Versicherten beträgt 20 Prozent der Jahresprämie. Die Aktionärsdividende wird mit Rücksicht auf den gemeinnützigen Charakter der Gesellschaft wiederum nur mit ihrem sachungsgemäßen Höchstbetrage von 4 Prozent des eingezahlten Grundkapitals gewährt. Der jummennäßige Lebensversicherungsbestand, der Ende 1930 rund 216 Millionen RM. betrug, hat sich inzwischen auf weit über 250 Millionen RM. erhöht.

Die Deutsche Feuerversicherung Aktiengesellschaft, die auch die Einbruchdiebstahl, die Unfall- und Haftpflicht-Versicherung sowie die Kraftfahrzeug-Versicherung betreibt, erzielte bei einer Gesamtprämieinnahme von rund 2,37 Millionen RM. einen Ueberschuß von rund 157 000 RM. (im Vorjahre 118 000 RM.). Einer besonderen Rücklage wurden 60 000 RM. überwiesen. Danach konnte wieder, wie im Vorjahre, eine Aktionärsdividende von 8 Prozent des eingezahlten Grundkapitals verteilt werden. Schäden waren in Höhe von 998 000 RM. zu decken.

Unsere beiden Gesellschaften sehen der weiteren Entwicklung mit den besten Erwartungen entgegen. Es ist allerdings Voraussetzung, daß alle unsere Mitglieder sich tatkräftiger als bisher für diese überaus wertvollen eigenen wirtschaftlichen Einrichtungen unserer Gesamtbewegung einsetzen und Mitarbeiter für sie werben.

Arbeitslosenfeststellung im Verband für April 1931

Die Arbeitslosenberichte vom Monat April aus den einzelnen Verbandsbezirken ergeben, daß die baugewerbliche Wirtschaftslage gegenüber dem Vormonat nur eine geringe Besserung erfahren hat. Gegenüber der Arbeitslosenfeststellung vom März mit 78,63 Prozent weiß der April die Zahl der Beschäftigungslosen mit 70,34 Prozent aus. Das bedeutet eine Verminderung der Arbeitslosenzahl um 8,29 Prozent. Die Vergleichszahl vom April 1930 ist 51,83 Prozent; der diesjährige Arbeitslosenstand übertrifft somit den vorjährigen schlechtesten Stand noch um 18,51 Prozent. Für die letzten 5 Jahre ergeben sich im April folgende Arbeitslosenzahlen: 1927 = 14,65 Prozent, 1928 = 20,02 Prozent, 1929 = 22,97 Prozent, 1930 = 51,83 Prozent, 1931 = 70,34 Prozent. Den ungünstigsten Stand hat der Bezirk Königsberg, ihm folgt Frankfurt, dann Breslau. Arbeitslos gemeldet waren in den einzelnen Bezirken in Prozenten der Mitgliederzahl:

1. Berlin	68,33	7. Köln	63,10
2. Bochum	72,—	8. Königsberg	94,69
3. Breslau	75,—	9. München	62,44
4. Frankfurt	76,24	10. Münster	65,15
5. Hannover	70,47	11. Paderborn	72,98
6. Karlsruhe	66,63		

Die Ursache der Höchstbeschäftigungslosigkeit im Baugewerbe in der aufsteigenden Jahreszeit im Vergleich zu anderen Wirtschaftszweigen liegt in der seit Herbst des Vorjahres eingeleiteten Drosselung der Bauwirtschaft. Dem Wohnungsbau sind die z. Zt. noch unentbehrlichen Finanzierungsgrundlagen entzogen. Die öffentliche Bautätigkeit — bei der vielleicht in der Innenausstattung zu sparen berechtigt war — ist zum Schaden notwendiger kultureller und verkehrspolitischer Bedürfnisse über den Rahmen des derzeit Notwendigen eingeschränkt, weil zum Sparen am Verwaltungsapparat der Mut bis jetzt gefehlt hat.

Tarifbewegung

Gesperrt sind für Maurer, Zimmerer, Bauhilfsarbeiter, Stuckateure Paderborn und Soest, letzteres auch für Tiefbauarbeiter. Zugang ist fernzuhalten.

Ostpreußen.

Nach zäher Verhandlung von fünf Tagen ist unser Tarifvertrag durch ein Schiedsgericht, das endgültig entschieden hat, fertig geworden.

Zu § 4 „Arbeitslohn“ wurde entschieden: Der Stundenlohn beträgt ab 1. April 1931 bis 2. März 1932

	I	II	III	IV
Postengehilfen und Buhler	127	114	107	95
Maurer, Zimmerer, Zementfacharbeiter, Einschaler für Beton	110	99	93	83
Bauhilfsarbeiter, Rammhilfsarbeiter, Betonhilfsarbeiter, Abbrucharbeiter, Einsteifer bei Kanalisationsarbeiten	91	82	77	69
Drainierer	85	77	72	64
Tiefbauarbeiter und Plagarbeiter	74	67	63	56

Lehrlinge:

im 1. Lehrjahr	22	20	19	17
im 2. Lehrjahr	37	33	31	28
im 3. Lehrjahr	55	50	47	42

Für das Lohngebiet I wird für alle Arbeiter eine Verkehrszulage von 4 Pf. pro Stunde gezahlt (alter Tarif). Das Gehirgeld beträgt für alle Facharbeiter 1 Pfennig pro Stunde.

Des weiteren kommen kleine Abänderungen bei den einzelnen Zuschlägen in Betracht.

Rundschau

Arbeiterschaft und Tributlasten

Die Nr. 18 des „Deutschen Metallarbeiters“, der Wochenchrift des Christlichen Metallarbeiterverbandes, vom 2. Mai 1931 bringt eine Reihe außerordentlich beachtenswerter Artikel über die Tributlasten. Im Leitartikel verlangt Georg Wieber Revision der Reparationszahlungen, wenn wir und die Welt überhaupt der Wirtschaftskrise Herr werden wollten. Statt Reparationen = Wiedergutmachung sollte man besser von Tribut sprechen. Wollte die Reichsregierung ihren Schritten zur Eindämmung der Arbeitslosigkeit Erfolg geben, dann dürfte sie sich wohl bewußt sein, daß dieses Ziel ohne eine anderweitige Lösung der Tributfragen gar nicht möglich ist. Andererseits haben auch die Pariser Sachverständigen, die den Young-Plan schufen, erklärt, daß die deutschen Reparationen nur auf dem Wege eines verstärkten Exportes geleistet werden könnten. Haben aber die Staaten, die den Young-Plan schufen, heute nicht ein großes Interesse daran, den deutschen Export zu hemmen, weil sie selbst größere Ausfuhrmöglichkeiten für ihre Industrien wünschen, um aus der eigenen Krise herauszukommen? Dem Ruf nach „mehr Ausfuhr Deutschlands“ der Pariser Sachverständigen antworten die Länder mit erhöhten Zöllen und verschärftem Kampf um den Weltmarkt.

Die Grundvoraussetzungen zur Tributleistung sind damit in Wegfall gekommen; ganz abgesehen davon, daß die finanzielle Lage Deutschlands eine weitere Kapitalausfuhr für Tributlasten einfach unmöglich zu machen beginnt. Die Arbeiterschaft Deutschlands hat ein Lebensinteresse an einer baldigen Revision des Young-Plans sowohl wie auch des Versailler Vertrages, der heute noch — 12 Jahre nach Friedensschluß — Deutschland Unwürdiges zumutet.

Die Finanzen der Arbeitslosenversicherung

Kunmehr liegt auch der Abschluß der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung für den Monat März 1931 und damit für den letzten Monat des Etatsjahres 1930/31 vor. Im Abrechnungsmonat März hat die Arbeitslosenversicherung einen Gesamtzuschuß von 73,227 Millionen RM. erfordert. Die Ausgaben für die Arbeitslosenversicherung beliefen sich auf 179,616 Millionen RM. bei Gesamteinnahmen von 119,113 Millionen RM. Ende März hat ein Defizit von 401,567 Millionen RM. bestanden. Der Bericht der Reichsanstalt über das abgelaufene Etatjahr wird Ende Mai, spätestens Anfang Juni, erscheinen. Die Entwicklung der Finanzen der Arbeitslosenversicherung gibt zu Besorgnissen Anlaß. Im Etat für 1931/32 wurde mit Gesamteinnahmen der Reichsanstalt von rund 140 Millionen RM. monatlich gerechnet. Wie aber die Einnahmewicklung der letzten Monate zeigt, ist diese Summe bei weitem nicht erreicht worden. Die Ist-Einnahme liegt 20 bzw. 30 Millionen

unter der Soll-Einnahme. Aus dieser Einnahme glaubt die Reichsanstalt 1 740 000 Hauptunterstützungsempfänger der Arbeitslosenversicherung und 650 000 Haupt-Unterstützungsempfänger der Krisenfürsorge unterstützen zu können. Der Rückgang der Einnahmen ist zu einem Teil auf einen Rückgang der Zahl der Versicherten, zum anderen Teil auf die erfolgten Lohn- und Gehaltsentzügen zurückzuführen, deren Durchschnitt — soweit sie sich auf die Arbeitslosenversicherung auswirken — mit 7 n. H. errechnet wird. Bei den bevorstehenden finanzpolitischen und sozialpolitischen Beratungen des Reichskabinetts in der nächsten Woche wird über die Art der Sanierung der Finanzen der Reichsanstalt wohl entschieden werden. Da für immerhin rund 200 Millionen Reichsmark zu erwartendes Defizit im Haushaltsjahr 1931/32 Vorzüge getroffen werden muß, wird eine Beitragserhöhung von 1/2 n. H., die beabsichtigt sein soll, nicht genügen können. Es müssen also noch andere Möglichkeiten der Einnahmesteigerung oder der Ausgabenentlastung überlegt werden. Gegen eine Beitragserhöhung haben sich im übrigen die Arbeitnehmer aller gewerkschaftlichen Richtungen und auch die Arbeitgeber wiederholt und deutlich ausgesprochen.

Modernes Strauchrittertum

Gener Kapitalismus, den wir wegen seiner Seelenlosigkeit bekämpfen, hat der deutschen Wirtschaft rund 10 Milliarden RM. entzogen und diese ins Ausland verschoben. So sieht der Patriotismus der Leute von Rang, Bildung und Besitz aus. Bei der Beratung des Wirtschaftsetats im Reichstag wies ein Abgeordneter der Bayerischen Volkspartei darauf hin, daß allein in Zürich rund 1500 Willen von deutschen Kapitalisten gebaut worden seien. Das sei ein modernes Strauchrittertum. Noch größer als der wirtschaftliche Schaden sei die Einbuße an moralischem Ansehen, die durch solche gewissenlose Deutsche im Ausland hervorgerufen werde. Der Duodezstaat Döschterlein habe sich zu einem Anziehungspunkt für deutsche Steuererbrecher entwickelt. Welches Gefühl sollen unsere 5 Millionen Arbeitslosen haben, wenn sie so etwas vernehmen müssen? Wir leiden nicht daran, daß wir allesamt zu arm sind, sondern nur daran, daß die Güter dieser Welt nicht angemessen verteilt werden. Und darum geht unsere Arbeit in der christlichen Arbeiterbewegung.

Zeichen der Zeit

Die Bauinnung Berlin sprach in diesem Frühjahr 410 Lehrlinge frei. Junglehrlinge waren neu eingestellt 43 — dreihundvierzig.

Aus dem Verbandsleben

Deffau. Am 3. April fand unsere diesjährige Generalversammlung statt. Die Kollegen waren zahlreich erschienen. Nach Verlesung des Protokolls gab Kollege Sabae-Leipzig einen ausführlichen Bericht über den Stand der bisherigen Lohnverhandlungen und ihre Schwierigkeiten sowie über die bisherigen gefällten Schiedssprüche und Löhne. Die Aussprache ergab, daß die Kollegen die Forderungen der Arbeitgeber mit aller Schärfe abwerten werden. Ebenfalls die schon zum Teil gefällten Schiedssprüche, die durch das aneinandertreten gehen der verschiedenen Schlichter auf Lohnabbau gefaßt sind und für die Bauarbeiter, die von der schlechten Wirtschaftslage am schwersten betroffen sind, untragbar seien. Bei der Vorstandswahl wurden Kollege Paul Thinius zum 1. Vorsitzenden und Kollege Elmar Reid zum 1. Kassierer gewählt. Die diesjährige Frühjahrsagitation soll verstärkt betrieben werden.

Bad Homburg-Kirdorf. Im Sonntag, dem 10. Mai, fand unsere Generalversammlung statt. Der alte Vorstand wurde einstimmig von den Kollegen wiedergewählt. Der Mitgliederstand konnte auf der alten Höhe erhalten werden. Die Einnahmen der Ortsgruppe beliefen sich auf 2 395,40 M. Die Ausgaben für Unterstützungen betrugen 1 975,14 M. In die Verwaltungsstelle Frankfurt wurden abgeführt 420,26 M. Kollege Gerbig-Frankfurt gab den Bericht über die Lohnverhandlungen. Er schilderte ausführlich die Schwierigkeiten der diesjährigen Lohnverhandlungen und gab Auskunft über den Stand der jetzigen Löhne. Der Standpunkt der Unternehmer betr. des Lohnabbaues wurde von den Kollegen scharf verurteilt. Kollege Gerbig ermahnte die Kollegen, weiterhin der Bewegung zu dienen, um gegen weitere Rückschläge gerüstet zu sein. Nach einem kurzen Ueberblick über unsere augenblickliche Wirtschaftslage fand nachmals eine rege Aussprache statt.

Konferenz für den Kreis Morbis. Noch immer verdüstern dunkle Wolken den wirtschaftlichen Horizont. Zu der drückenden Sorge der Arbeitslosigkeit kommt für die Arbeiterchaft der Lohnabbau hinzu, von dem man sich die Anfurbelung der Wirtschaft verspricht, durch den man statt dessen jedoch die Kaufkraft lähmt und dadurch weitere Arbeitslosigkeit, und weiteres Elend schafft. Auch wir Bauarbeiter standen und stehen zum Teil noch in der Lohnbewegung. Mit dieser Frage beschäftigten sich auch die Vertrauensleute unseres Verbandes aus dem Kreise Morbis am Sonntag, dem 10. Mai, in Peinefeld. Zum Ausdruck kam immer wieder, daß das Wort Lohnabbau zum Schlagwort geworden, das Wort Preisabbau jedoch schon längst in Vergessenheit geraten sei. Ueberall im Reiche sind die Löhne der Bauarbeiter um rund 10 Prozent gekürzt. Damit mußten sie sich zur Zeit abfinden. Die Bauarbeiter im Kreise Morbis können es jedoch nicht verstehen, daß ihnen im Zeichen der Preis-erhöhung der notwendigsten Lebensmittel ein Lohnabbau von 23,33 Prozent aufgezwungen werden soll. Einmütig wurde dieses Ansehen zurückgewiesen, ebenso das Angebot eines 18prozentigen Abbaues, und die Verbandsleitung beauftragt, die Wege zu beschreiten, die erforderlich sind, um den Tariflohn zu gewährleisten. Heftige Kritik fand auch die zum Teil stark an Lehrlings-züchtereigrenzende Annahme von Lehrlingen im Baugewerbe. In eine ordnungsgemäße Ausbildung sei da nicht zu denken, und nach Beendigung der Lehrzeit würden die jungen Gesellen dem Heer der arbeitslosen Bauarbeiter zugeführt. Immer wurde betont, daß nur der reifste Zusammenhalt der Bauarbeiterchaft den stark hervortretenden Machtwillen der Arbeitgeber und des Kapitals einen Damm entgegensetzen könne. Jahres-durchschnittslöhne von 700 bis höchstens 900 M. be-weisen das soziale Schlaglichtartig. — Die Besprechung von Verbandsangelegenheiten, unter anderem der im August d. J. stattfindende Verbandstag, und die Mahnung, nicht zu verzagen und Hilfe nicht von andern zu erwarten, sondern auf die eigene Kraft zu vertrauen.

und Sorge zu tragen, daß auch den letzten Eichsfelder Bauarbeiter die notwendigen Schlussfolgerungen ge-
läufig werden, bildeten den Abbruch der antegenden Konferenz.

Regensburg. Am 19. April hielt unsere Verwaltungsstelle eine Mitgliederversammlung ab, die gut besucht war. Kollege Dietrich behandelte die derzeit strittigen Fragen. Trotz schwerster Angriffe der Bauunternehmer, die die große Arbeitsnot als Mittel zum Zweck gebrauchten, ist es gelungen, den R. T. B. unter Dach und Fach zu bringen, und die bezirklichen Lohnverhandlungen durchzuführen. Der Preisabbau hat nicht Schritt gehalten mit dem Lohnabbau. Die Arbeitszeitfrage bedarf nach unserem Ermessen einer Reform; inwieweit sich die Arbeitszeitverkürzung auf den Baumarkt günstig auswirkt, wird die Erfahrung ausweisen. Es ist begrüßenswert, daß die Gutachterkommission sich in ihren Vorschlägen in einer gewissen Ueber-einstimmung mit den Gewerkschaften befindet. Wir wünschen, daß recht bald in der Arbeitszeitfrage etwas geschieht, damit mehr Bauarbeiter in ein Arbeitsverhältnis kommen. Doppelverdiener sind bei uns im Baugewerbe selten, doch liegt es im allgemeinen Interesse, daß auch diesem Problem größte Beachtung gewidmet wird. Neben der Sorge um die fünf Millionen Arbeitslosen und der drei Millionen Kurzarbeiter steht die Arbeiterchaft im schwersten Kampf um die Erhaltung des Tarifgebäudes, des Schlichtungsweises und der Arbeitslosenversicherung. Wir warnen danor, daß die Sanierung auf Kosten der Versicherten und Rentner geht. Wenn der Krisenwinter 1930/31 ohne größere Unruhen überwunden wurde, dann danken wir das unserer sozialen Gebegebung und den Arbeiterfrauen, die mit zusammengebeißenen Zähnen mit ihren kargen Mitteln den größten Revolutionär Hunger überwunden haben. Niedergeschlagenheit schafft keine Aenderung zum Besseren, sondern alle Kräfte müssen zusammengekommen werden, die Krise zu parieren. Sich bemüht und gewollt hinzustellen in der Sinn des vom Schöpfer gemachten Lebens ist vornehmste Pflicht aller Kollegen. Unserem Verband die Treue zu halten, ihn auch zahlreich zu fördern zum Nutzen und Segen aller Kollegen ist unsere Aufgabe.

Sterbefaßel

Am 2. Mai starb infolge eines Rehkopfleidens der Kollege August Donschen, Dachdecker, im Alter von 29 Jahren.
Verwaltungsstelle Essen.
Am 6. Mai starb unser lieber Kollege, der Fliesenleger Gerhard Witten im Alter von 71 Jahren an Herzschwäche.
Ortsgruppe Krefeld — Fliesenleger.
Ehre ihrem Andenken!

Leitholz-Wasserwagen in höchster Vollendung!

Stärke 5 x 50 und 25 x 55 mm						
100	90	80	75	70	60	50 cm
3.25	3.05	2.85	2.75	2.65	2.45	2.25
Extra-Qualität:						
4-	3.80	3.60	3.45	3.35	3.15	2.90
Einstufige Fertigung, Vervollständigung des Sets auf dem Markt						
It. Katalog sofort lieferbar. Vers. geg. Nachn. Von 10 RM. an portofrei. Jede 12te Wasserwaage wird gratis geliefert.						
Kellnermeister & Co., Bielefeld, Ziegelfstraße.						

Leß
den
Deutschen

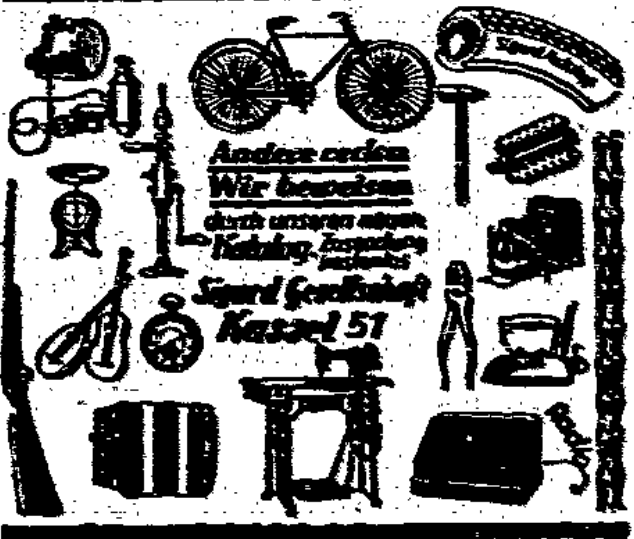
Bauschule Kürzeres Studium
Hoch- und Tiefbau, Eisenbeton, Detmold 1
Lehrplan frei



Koblenz. Bauernfängerei versucht jemand von Koblenz im „Grundstein“ Nr. 18 vom 2. Mai 1931 unter der Ueberschrift „Ein barbarischer Maurer-palier in Hönnungen a. Rhein“. Der Maurer-palier Kraus verleiht es ausgezeichnet, die Lehrlinge bis ans äußerste zu schikanieren. Kraus war mit vier Lehrlingen in einem Sägewerk mit Schmierern beschäftigt. Hilfsarbeiter und Maurer brachte er für diese Arbeit nicht, jedoch wurden die Lehrlinge so angetrieben, daß sie abends kaum noch gerade gehen konnten. Kraus meinte auch, wenn er Unternehmer wäre, würde er den Lehrlingen verbieten, während der Arbeitszeit den Abort aufzusuchen. Der Mann, der so behäufend redet, war bis vor kurzem noch Kassierer des christlichen Bauarbeiterverbandes, Ortsgruppe Hönnungen, und hat schon jetzt seine gewerkschaftliche Ueberzeugung völlig verloren. Vor einigen Wochen hat Kraus mit denselben Lehrlingen ein Zweifamilienhaus angefaßt. Hier trieb die Behandlung der Lehrlinge durch Kraus noch tollere Stützen. Er soll sogar nach den Lehrlingen geworfen haben. — Es gibt in unserem Ort weit über 30 Maurer, und es ist sehr bedauerlich, wie durch die Arbeitsweise dieses Herrs das Handwerk verhaßt wird. Den Lehrlingen ist zu empfehlen, sich bald dem Deutschen Baugewerksbund anzuschließen; nur er ist in der Lage, ihre Rechte zu wahren.

Dem Schreiber war wohl bei eigenem geistigen Unvermögen, den Lehrlingen den Baugewerksbund zu empfehlen, kein anderer Schluß möglich, als besagten Kraus unserem Verband an die Köpfe zu hängen. Baugewerksbund, was frage denn schon alles an dir...?
Für Ende selbst: Kraus ist seit Anfang 1929 nicht mehr Mitglied bei uns, viel weniger noch bis vor kurzem Kassierer. Was die Behandlung der Lehrlinge angeht, so verurteilen auch wir die Handlungsweise des Kraus aufs Schärfste. Die Interessen und Rechte der Lehrlinge werden im christlichen Bauarbeiterverband mindestens so gut vertreten und gewahrt, als das im Baugewerksbund der Fall ist.

Radikaler Preisabbau!



Spezialfabrik für Berufskleidung

LOUIS MOSBERG'S Arbeitsgarderobe „mit der Wasserwaage“ sind allen voran
Große Lager in La Kellen, echte Teak-holz-wasserwagen. Wegen Raumbeschränkung ist es mir nicht möglich, für alle Artikel Preise anzugeben. Jesh. fordern Sie vor Auf-tragserteilung völlig aussonst meine Preisliste ab. An Orten, wo nicht vertreten, Versand ab Bielefeld.
Louis Mosberg, Bielefeld 5, Breitestraße 44.

Hamburger Teakholz-Wasserwagen aus altem Schiffbauholz



Marke „Teakia“									
cm	30	40	50	60	70	75	80	90	100
RM.	2.30	2.50	2.85	3.15	3.45	3.60	3.80	4.-	4.30

Kaufen Sie in Wasserwagen nur erstklassige Ausführung. Sehen Sie auf Qualität und nicht auf billige Preisangebote und Geschenke.

Preisliste über Berufskleidung und Werkzeuge gratis.
Direkt ab Fabrik an den Verbraucher nur durch **Fritz Ulrich, Altona/Elbe 10, Gustavstr. 58/60**

Fahrräder

von RM 36.- an, hallober, bereit, von RM 58.- an mit Garantie. Fracht-katalog gratis.

Wilk. Wollerdiek Bismarck-Bielefeld 43

Roman Großlich Inhaber
BERLIN NO 43
Gallowsstraße 12

Rosen. 10 Stck. 3.50 RM.

mit Anwachsgarantieschein über 100 Edel-sorten, jetzt beste Pflanzzeit!

25 Stück	RM. 8.-
50	13.50
10 Kletterrosen	3.50
10 Polyanthosen	4.75
10 Friedhofsrosen	4.75
5 Hochstämme	13.-
5 Halbstämme	9.50
2 Trauerrosen	7.50
Für Hecken:	
100 Thuja	RM. 7.50
100 Liguster, immergrün	7.50
100 Weibdorn	3.-
100 Rothbuchen	6.-
100 Blauspieren	9.-
Ferner besonders starke Pflanzen:	
10 versch. Stauden	RM. 3.50
10 Ziersträucher	4.50
10 Edeldahlien	4.25
30 Gladiolen	3.50
50 Montretien	1.50
50 Begonien	4.50
30 Anemonen	3.25
50 Ranunkeln	2.-

Obst. Starke Bische:

5 Apfel oder Birnen	RM. 9.50
5 Sauerkirschen	13.-
5 Pfirsiche	13.50

Grande Halbstämme:
5 Apfel oder Birnen RM. 9.50
5 Pfämen oder Kirschen 11.50

Prächtige Hochstämme:
5 Apfel oder Birnen RM. 15.-
5 Pfämen oder Kirschen 16.50
Alles nur Qualitätsware! Garantie: Bei Nie-gefallenen Zurücknahme. Illust. Preis-liste frei. Alles pflanzfertig beschitten, mit Sortensicherheit. Nachnahmeversand mit 6 Pro-zent Rabatt!
Vertreter und Mitarbeiter mit großem Be-kanntenkreis gesucht!
Josef Fassen, Versandbaumschule, Rahmsbeck (Holtefeld).